

## Pressemitteilung

17.12.2021

### Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen fordert sofortige Abschaffung der 2G Regel für Einzelhandel und der 2 G+ Regel für Gastronomie und Beherbergungsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern

Die Mitglieder der Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen fordern ein sofortiges Ende der 2G Coronabeschränkungen im Handel bzw. der 2G+ Regeln in Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben.

„Diese Regeln welche praktisch den Lockdown durch die Hintertür darstellen und für die betroffenen Unternehmen zu erheblichen Einschränkungen, Mehraufwendungen und Einnahmeverlusten führen waren schon bei ihrer Einführung durch die Landesregierung großer Unsinn“, stellt Mathias Löttge Vorsitzender der Fraktion BVR/FW fest.

„Die Betriebe des Einzelhandels, der Gastronomie und der Beherbergung in Mecklenburg-Vorpommern wurden damit durch die Landesregierung zum Bauernopfer erklärt und in eine dramatische bzw. vielfach existenzbedrohende Situation gebracht und dies obgleich im Ergebnis entsprechender Studien nicht von einer besonderen Gefährdung durch diese auszugehen ist bzw. grade hier in der Regel hervorragende Hygienekonzepte vorhanden sind“, ergänzt Fraktionsmitglied Jörg Burwitz.

„Letztendlich wurde durch diese Maßnahmen nicht das Geringste im Kampf gegen die Pandemie erreicht. In anderen Bundesländern wurde dies erkannt und dem entsprechend reagiert, indem Regeln bereits aufgehoben bzw. gar nicht erst eingeführt oder diese durch Gerichtsbeschlüsse kassiert wurden“, so der Fraktionsvorsitzende weiter.

Durch das restriktive Handeln der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich für die betroffenen Unternehmen in unserem Bundesland erhebliche Wettbewerbsnachteile.

Zudem fordern die Mitglieder der Fraktion BVR/FW für die betroffenen Unternehmen im Einzelhandel, der Gastronomie und Beherbergung sowie der Dienstleistungs und Kulturbranche zusätzliche Bundes- und Landeshilfen bereit zu stellen. Die Überbrückungshilfe muß verbessert werden, indem die Fixkostenerstattung auf 100 Prozent und der Eigenkapitalzuschuss auf 50 Prozent erhöht werden. Die Mehrwertsteuer sollte im Bereich der Gastronomie dauerhaft auf 7 Prozent gesenkt werden.

Vom Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen Dr. Stephan Kerth erwarten die Mitglieder der Fraktion BVR/FW, dass sich dieser bei der Landesregierung für eine umgehende Aufhebung der einschränkenden Regeln im Einzelhandel sowie der Gastronomie und Beherbergung sowie für eine Verbesserung der Coronahilfen für Unternehmen einsetzt, so Mathias Löttge abschließend.